

Via E-Mail an:
info@bdm-verband.de

Landessekretariat

Norderstraße 76
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für die Zusendung der Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit gerne beantworten.
Mit freundlichen Grüßen
gez.
Martin Lorenzen
Landesgeschäftsführer

Wahlprüfsteine des BDM Schleswig-Holstein zur Landtagswahl Schleswig-Holstein 2017

Wir, die Milchviehhalter in Schleswig-Holstein, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Wir sehen mit der Landtagswahl Möglichkeiten zur Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes. Die Bundesländer haben über den Bundesrat große Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik einzubringen. Es geht um eine wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft, die ausreichenden Raum für Biodiversität zulässt, die Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen. Wir erwarten ehrliche Antworten aller Parteien, weil die Zukunft der Milch uns alle angeht!

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

Fast zwei Jahre dauert die aktuelle Milchkrise nun bereits. Betriebsaufgaben und vor allem Maßnahmen zur Mengendisziplin führten in den letzten Monaten zu einer deutlichen Marktentlastung und damit zum Anstieg der Auszahlungspreise. Ist jetzt alles wieder gut – geht es weiter über zur Tagesordnung? Leider werden unsere Befürchtungen bestätigt: Das bestehende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt ist unvollständig und nicht in der Lage, mit den bisherigen Instrumenten private Lagerhaltung und Intervention, krisenhaften Entwicklungen begegnen zu können. Die Preiserholung seit Dezember 2016 auf gut 30 Cent/kg Milch steht auf sehr wackeligen Füßen. Denn das Räumen der hohen Interventionsbestände an Milchpulver (es sind noch über 400.000t Milchpulver eingelagert) würde in der aktuellen Situation die Markterholung sehr schnell abwürgen. Zwar haben die Agrarminister der Länder endlich erkannt, welche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Milchkrisen helfen könnten. Jedoch ignoriert Bundesminister Schmidt weiterhin beharrlich noch immer klar formulierte Handlungsaufträge. Darüber hinaus wird seine gescheiterte Initiative zur Gründung einer Branchenorganisation als agrarpolitische Bankrotterklärung gesehen.

Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den EU-Milchmarkt in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen um zukünftigen Milchmarktkrisen rechtzeitig zu begegnen?

2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorlegt. Dieser Vorschlag wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen? Unterstützen Sie die BDM-Forderungen?

3. Die aktuellen Milchpreise um 30 Cent/kg Milch sind für viele Milchbauern keineswegs ausreichend, um die entstandenen Verluste auszugleichen und für kommende Krisen vorzusorgen, geschweige denn notwendige Investitionen umzusetzen. Was schlägt Ihre Partei vor, um kostendeckende Preise von mindestens 40 Cent/kg Milch zu erreichen und die Milchviehhaltung in unserem Bundesland so in der Fläche zu halten?

4. Das Bundeskartellamt hat ein neues Sachstandspapier zu seinem Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Lieferbedingungen für Rohmilch veröffentlicht und darin kürzere Kündigungsfristen für Lieferverhältnisse im Milchsektor, eine Lockerung der Kopplung von Lieferbeziehungen und Genossenschaftsmitgliedschaften, eine Festlegung der Preise vor Lieferung und die Vereinbarung fester Liefermengen angeregt. Nun ist die Politik gefordert, die richtigen Schlüsse für mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt zu sorgen. Welche Vorschläge gibt es dazu in Ihrer Partei?

Antwort auf die Fragen 1-4

Die Preisentwicklung des Milchmarktes ist seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Den Milcherzeugern ist es kaum noch möglich, kostendeckend zu wirtschaften. Milch hat sich zu einem Produkt entwickelt, das zu Ramschpreisen verhökert wird. Die Folge: Viele kleinere Betriebe mussten bereits aufgeben oder bangen immer noch um ihre Existenz. Um nicht in eine finanzielle Schieflage zu gelangen, wurden Rücklagen angegriffen. Es herrscht Ratlosigkeit und zum Teil Hoffnungslosigkeit in den Betrieben und den betroffenen Familien. Auch wenn wir zur Zeit eine Preiserholung feststellen, so ist der Markt jedoch sehr fragil.

Wir müssen erkennen, dass der Milchmarkt seit dem Wegfall der Quote den Regeln der Marktwirtschaft ausgesetzt ist, was zu einer Überproduktion führte, die sich dementsprechend negativ auf den Erzeugerpreis auswirkt. Es ist aber nicht der Landwirt oder der Milchbauer, der den Milchmarkt von der Kette gelassen hat. Dies ist auf einen politischen Beschluss zurückzuführen, die Milchquote aufzuheben. So hart es auch klingen mag, ungeachtet der derzeitigen Situation, hält der SSW diesen Beschluss grundlegend für richtig. Über Jahrzehnte wurde von Seiten der EU in den landwirtschaftlichen Produktionsmarkt eingegriffen. Falsch gelenkte Subventionen oder Eingriffe haben die Landwirtschaft über Jahrzehnte vergiftet. Den Weg zum alten System zurück halten wir jedoch nicht für richtig.

Wir sehen aber die Notwendigkeit, EU-weite Möglichkeiten vorzuhalten, um die EU-Milchmenge im Krisenfall für einen befristeten Zeitraum zu reduzieren. Um hierfür rechtzeitig gewappnet zu sein, brauchen wir eine EU-weite Monitoringstelle, die bereits frühzeitig die Anzeichen einer entstehenden Krise erkennt, um verfügbare Kriseninstrumente entsprechend einzuleiten.

Die Agrarpolitik muss umgestellt werden. Mehr Markt und dann eine Grundförderung ohne Bezug auf die Produktion ist aus Sicht des SSW der richtige Weg. Hier sehen wir durchaus Vorteile für die Milchviehbetriebe. Wenn wir die Milchviehwirtschaft

nachhaltig sichern wollen, dann müssen wir über nachhaltige Strukturen reden. Wir müssen für unsere Landwirte Wege finden, die eben nicht auf Quantität setzen. Hier reden wir dann über weitere Umschichtungen der beiden Säulen.

Die gesamtwirtschaftliche Situation des Milchmarktes zeichnet sich dadurch aus, dass es auf der einen Seite viele Anbieter gibt und bei den Nachfragern, haben wir es mehr oder weniger mit einem Oligopol von einigen wenigen großen Lebensmittelketten zu tun. Ähnlich verhält es sich mit den Molkereien. Derartige Strukturen haben nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Daher sollte eigentlich mehr in das Kartell der Lebensmittelketten sowie Molkereien eingegriffen werden. Oder zumindest muss in Zukunft verhindert werden, dass die Konzentration bei den Nachfragern weiter fortschreitet. Erst wenn auch auf dieser Seite des Marktes marktwirtschaftlicher Wettbewerb herrscht, sind auch wieder höhere Preise zu erzielen. Als Politik können wir hier nur flankierend unterstützen.

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

Mit den Beschlüssen zur GAP 2013 wurden verschiedene Möglichkeiten geschaffen, die Verteilung und Zahlung der Agrargelder auf nationaler Ebene umzustellen. Begonnen hat auch schon die Debatte um die Gestaltung der GAP ab 2020.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?
2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?
3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Zahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?
4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

Antwort auf die Fragen 1-4

Über Jahrzehnte wurden die Mittel überwiegend für Direktzahlungen oder für Produktionsprämien genutzt. Diese Art der Subventionierungspolitik hat die europäische Landwirtschaft in ein Abhängigkeitsverhältnis geführt, aus dem sie nur schwer heraus kommt. Der Druck auf die Landwirtschaft wächst seit Jahren. Natürlich lassen sich die alten gewachsenen Subventionsstrukturen nicht von heute auf morgen umkehren. Es ist ein langwieriger und schwieriger Prozess für die Landwirtschaft. Die Herausforderung vor denen die Politik heute steht ist das austarieren des Zumutbaren. Heute gelten andere Kriterien und andere Belange spielen eine immer größere Rolle, wenn wir über europäische Agrarpolitik sprechen. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn es um die Gestaltung der Förderkulissen geht.

Nach Ansicht des SSW müssen gesellschaftliche Belange stärker in den Focus der Förderpolitik gerückt werden. Soll heißen, auch die Landwirtschaft muss sich den Herausforderungen wie Klimawandel, Umweltschutz, Biodiversität und

Wassermanagement stellen. Als größter Flächenbewirtschafter trägt die Landwirtschaft hierbei auch Verantwortung. Aus diesem Grund sehen wir die Notwendigkeit Agrarumweltmaßnahmen noch stärker in den Focus der Förderpolitik zu rücken. Wenn politisch gewollt ist, dass gesellschaftliche Aspekte bei der Umgestaltung der EU-Agrarförderpolitik stärker Berücksichtigt werden müssen, dann gehören neben den Umweltkriterien ganz klar auch soziale Kriterien dazu. Soll heißen: Die Direktzahlungen dürfen sich künftig nicht mehr nur an der Betriebsgröße orientieren. Wir brauchen auch Kriterien, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung - je nach Betriebsgröße - bei den Direktzahlungen berücksichtigen. Auch dieser Aspekt gehört nach Auffassung des SSW dazu, wenn es um eine Weiterentwicklung der Förderkriterien geht. Zudem würde es die Betriebe stärken, die einen hohen Personalaufwand haben. Darüber hinaus begrüßen wir den Vorschlag des BDM, eine Staffelung der Förderkulisse nach Betriebsgröße einzuführen.

III. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

Die EU räumt den Mitgliedsländern einen immer größer werdenden Spielraum bei der nationalen Umsetzung der EU-Beschlüsse ein. Des Weiteren wird durch die Gestaltung von Verordnungen „Agrarpolitik“ gemacht, die nicht unerheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation unserer Betriebe haben können.

Fragen:

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?
2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?
3. Die Anzahl der Milchvieh haltenden Betriebe in SH verringert sich laufend und der Strukturwandel verläuft aufgrund der wirtschaftlichen Situation auf den Betrieben stark beschleunigt. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um das Tempo des Strukturwandels zu bremsen?

Antwort auf die Fragen 1-3

Mit der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und der steigenden Viehdichte auf der Fläche, folgt eine größere Belastung auf den Natur- und Wasserhaushalt. Als Hauptverursacher der Umweltbelastungen wurden Nitrate ausgemacht. Trotz bestehender Düngeverordnung oder Natur- und Wasserschutzgesetze, werden die Umweltziele in Deutschland nicht erreicht. Angesichts vorliegender Messdaten und der langfristigen Probleme die mit dem Stickstoffüberschuss und der Auswaschung einhergehen, war eine Novellierung der Düngeverordnung unumgänglich. Die Überschüsse müssen reduziert werden, dafür brauchen wir aussagekräftige Zahlen, über den betrieblichen Nährstoffhaushalt. Uns ist klar, dass mit den damit verbundenen Auflagen eine zusätzliche Belastung für die Betriebe einhergeht. Wir sehen die Novellierung der Düngeverordnung jedoch als politischen Kompromiss, um den Natur- und Wasserhaushalt besser zu schützen. Drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher sind beim Lebensmittelkauf verunsichert. Lebensmittelskandale haben Vertrauen verspielt. Beim Einkauf wird sich

häufig nur noch am günstigen Preis orientiert und nicht an der Qualität. Dafür fehlen aber auch verlässliche und vertrauenswürdige Informationen. Dieses Vertrauen muss zurück gewonnen werden. Dafür brauchen wir eine transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln. Für Verbraucher muss ersichtlich sein, wie die Tiere gehalten oder auch geschlachtet werden. Auch der Aspekt der Regionalität sollte nach Auffassung des SSW stärker in den Focus gerückt werden. Nur so kann eine Entscheidung bewusst für oder gegen bestimmte Haltungsformen getroffen werden und damit eine Mitverantwortung für mehr Tierwohl übernommen werden. Wir wollen Vermarktungsstrategien fördern, die auf Regionalität setzen und ein Alleinstellungsmerkmal haben, um so auch den überregionalen Markt bedienen zu können. Zudem wollen wir, dass die Veredelung der Produkte vor Ort geschieht. Das schafft Wertschöpfung in der jeweiligen Region und Vertrauen bei den Verbrauchern. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen soweit wie möglich in die Lage versetzt werden, diese Entscheidung verantwortlich treffen zu können. Dafür ist eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen, insbesondere im Bereich der Kennzeichnung notwendig. Das was wir brauchen ist ein Mehr an Transparenz sowie eine verbraucherfreundliche Deklaration die auch verständlich ist.